

K-1-Ä-1

Antrag

Initiator*innen: Madeleine Linke (Magdeburg KV)

Titel: **K-1-Ä-1: Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen**

Antragstext

In Zeile 21:

Satz A-1: „Es braucht einen deutschlandweiten Kohleausstieg bis ~~2030~~2025.“

Begründung

Im besten Fall wäre ein sofortiger Kohleausstieg. Jedoch muss bis dahin noch ein wenig die Sektorkopplung, der Ausbau von verschiedenen Energiespeichern (elektrochemisch, elektrisch, mechanisch) sowie der Leitungsausbau (HGÜ und konventionell usw.) zur Sicherung der Netzstabilität erfolgen. Ansonsten erleben wir eine Energiewende auf dem Rücken unserer Nachbarländer Tschechien, Polen etc. da Elektronen, zu Recht, keine nationalen Grenzen im europäischen Energienetz kennen. Bündnis 90/Die Grünen sollte mit Maximalforderungen und progressiv in die Debatte um die Braunkohleverstromung und die dafür benötigten Tagebaue gehen. Das zeigen und erwarten die jungen Menschen von Fridays for Future, die globale Anti-Kohlebewegung rund um Ende Gelände aber auch die lokalen und globalen Naturschutzverbände mit ihren Großprotesten.

Antrag

Initiator*innen: Madeleine Linke (Magdeburg KV)

Titel: K-1-Ä-2: Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen

Antragstext

Von Zeile 47 bis 49 einfügen:

sofort aufzuheben, ohne falsche Rücksicht auf die Kohlekraftwerksbetreibende zu nehmen sowie Hindernisse bei der Sektorenkopplung umgehend abzuschaffen und den Netz- und Leitungsausbau (HGÜ und konventionell) zu beschleunigen. Nur so kann die Energiewende zu 100% Erneuerbaren Energien bei Strom, Gebäuden und

Begründung

Netzeinspeisung und Netzlast müssen zu jedem Zeitpunkt ausgeglichen sein um Spannungs- und Frequenzstabilität des Stromnetzes zu gewährleisten. Dafür muss der Ausbau von Erneuerbaren Energien mit ihrer bei Wind- und Sonnenstrom einhergehende volatilen Einspeisung gleichzeitig vom Ausbau der Leitungsnetze begleitet werden. Dies ist für die Energiewende und die Integration der Erneuerbaren Energien in unser elektrisches System dringend notwendig, denn Strom wird nicht immer dort in hohen Größenordnungen erzeugt wo er auch in ähnlichen Größenordnungen benötigt wird. Auch Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs- (HGÜ)-Leitungen (wie z.B. geplanter SüdOstLink von Wolmirstedt durch Naumburg nach Bayern) sind dafür nötig, auch wenn sie häufig ähnlich wie Windenergieanlagen in Konflikt mit landwirtschaftlichen und ökologisch-hochwertigen Baumflächen stehen. Nur so können jedoch große Mengen

elektrische Energie mit wenig Wirkungsgradverlust über weite Strecken transportiert werden.

K-1-Ä-4

Antrag

Initiator*innen: LFG Energie (beschlossen am: 22.02.2019)

Titel: **K-1-Ä-4: Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen**

Antragstext

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

dass Dörfer erhalten bleiben, statt der Kohle zu weichen und keine neuen Tagebaue erschlossen werden.

Die Renaturierung hat, nicht wie bisher mit allem was Gärtnerei und Baumschule hergaben, sondern naturschutzfachlich sinnvoll mit standortangepasstem einheimischem regionalen Saat- und Pflanzgut zu erfolgen. Bei Flutungen ausgekohlter Tagebaue sind bei der bergbaulichen Sicherung naturschutzfachliche Belange im Relief wie Schaffung von Inseln und Flachwasserzonen frühzeitig zu berücksichtigen und umzusetzen. Dabei müssen auch Rückzugsräume für die Natur entstehen, nicht jeder Tagebaurestsee muss touristisch erschlossen werden.

Begründung

erfolgt mündlich

K-1-Ä-8

Antrag

Initiator*innen: Andreas Gernegroß (Salzland KV)

Titel: **K-1-Ä-8: Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen**

Antragstext

Von Zeile 95 bis 99:

Voraussetzung für das Mitteldeutsche Braunkohlerevier bleibt ein flächendeckender Ausbau der Breitbandversorgung mit Glasfaser. ~~Da die Zukunft der Datenübertragung in Glasfasernetzen liegt, müssen Glasfaseranschlüsse und 5G auch in der Fläche bei allen Haushalten ankommen und nicht nur in ausgewählten Gewerbegebieten.~~ so wie in ganz Sachsen-Anhalt.

Begründung

Der Ausbau der Infratraktur ist ein Thema, was für ganz Sachsen-Anhalt zutrifft und nicht nur eine Lösung in den Gebieten, in denen man von der Kohle wegkommen will.

K-1-Ä-9

Antrag

Initiator*innen: Dorothea Frederking (KV Altmarkkreis Salzwedel), Martina Hoffmann (KV Saalekreis), Gisela Graf (KV Magdeburg)

Titel: K-1-Ä-9: Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen

Antragstext

Von Zeile 65 bis 68:

~~Bis die Energieversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien gespeist werden kann, sollte die Nutzung von Erdgas eine Zwischenlösung bieten. Ein vollständiger Wechsel von Stein- und Braunkohle auf Erdgas~~ Das Ziel einer verlässlichen Energieversorgung zu 100 % Erneuerbaren Energien verlangt mehr Anstrengungen, um neue Technologien und die Lösungen für die Speicherfragen in großtechnischem Maßstab zur Anwendung bringen. Ein vollständiger Wechsel von Stein- und Braunkohle auf Gas - im Optimalfall Windgas - würde in der deutschen Energiewirtschaft eine CO2-Emissionsreduktion von mindestens 40 % mit

Von Zeile 76 bis 77:

Um die Umrüstung von Kohlekraftwerken auf ~~Erdgas~~ Gas voranzubringen muss der nach Sektoren gestaffelte Preis für ein CO2-Zertifikat steigen, eingesparte CO2-

Von Zeile 81 bis 83:

Kohlesektor verbunden. Dieser wäre jedoch deutlich geringer als der Stellenzuwachs durch teilweise Umstellung auf ~~Erdgasbetrieb~~Gasbetrieb, den stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien und bessere Zukunftsaussichten für den Export

Begründung

mündlichen

A-3-Ä-1

Antrag

Initiator*innen: Stephanie Malek

Titel: **A-3-Ä-1: Für ein starkes Grünes Europa –
Sachsen-Anhalt braucht mehr Europa!**

Antragstext

Von Zeile 211 bis 212 einfügen:

Das Recht auf Asyl ist grüner Markenkern. Wir wollen keine „Festung Europa“. Das Sterben im Mittelmeer muss endlich aufhören. Wir begrüßen die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Seenotrettung (z.B. Seawatch), welche jedoch nur nötig sind, da die EU die Seenotrettung nur unzureichend betreibt. Wir fordern die EU auf, wieder ein eigenes Seenotrettungsprogramm zu betreiben. Wir brauchen eine faire Verteilung der Flüchtlinge. Wir fordern eine schnelle politische Lösung für insbesondere die Flüchtlinge, die aus dem Mittelmeer gerettet werden. Menschen auf hoher See verharren zu lassen, widerspricht den Werten und Grundsätzen der EU.

Antrag

Initiator*innen: Andreas Gernegroß (Salzland KV)

Titel: **E-2-Ä-1: Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung**

Antragstext

Es wird der Antrag gestellt der Änderung nicht zuzustimmen.

Begründung

Hiermit wird ein Bürokratiemonster geschaffen.

Es gibt formale Mängel und fehlende Regelungen, die einen geregelten Ablauf erschweren.

2. Wie soll der Forderung des Antrags entgegen zu gehen?

Weiterhin behindert es die Arbeit der Gremien erheblich. Derzeit ist jede Fahrt eines Mitgliedes zu einer LFG erstattungsfähig. Wenn jede Person, die zu einer LFG fahren möchte, einen Antrag stellen soll, dann zieht das einen Berg von Anträgen nach sich, der erst einmal formal zu bewäligen ist. Unabhängig von der Tatsache nach dem komischen Verständnisses von Parteiarbeit, welches hier in diesem "kleinen" Antrag innewohnt.

Fahrten zu BAGen bedürften insoweit auch einer anderen Regelung, da diese von Vornherein nicht für Delegierte abgelehnt werden dürften. (Hinweis auf Finanzbeziehungen Bundesverband und Landesverband)

Problematisch wird dieser "kleine" formale Antrag dann, wenn es um Verzichtsspenden geht. Nach meiner Meinung würde diese Änderung bewirken, dass aus formalen Gründen eine Verzichtsspende nicht mehr in Frage kommt, da nur darauf verzichtet werden kann, was mir von vornherein zustehen würde.

Als Mitglied eines Kreisvorstandes habe ich ein weiteres Problem. Unser KV

verweist in Art und Form auf die Ersattungsordnung des Landesverbandes. Sollte dieser Antrag so beschlossen werden, dann haben wir auf Kreisebene auch mit einem Bürokratiewach zu kämpfen. Jede Fahrt eines Delegierten oder Vorstandes zu LDR oder Parteitag müsste vorher genehmigt werden. Zumal davon auszugehen ist, dass eine Begrenzung formal hier nicht zulässig wäre. Ein Ausweg wäre, dass unser KV eine eigene Ersattungsordnung beschließt. Ich glaube nicht, dass dieses Verfahren so gewollt werden kann.

E-2-Ä-2

Antrag

Initiator*innen: Andreas Gernegroß (Salzland KV)

Titel: **E-2-Ä-2: Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung**

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

um den Passus „und vorherig erfolgter schriftlicher oder mündlicher Genehmigung“ erweitert.

Die Erstattungsordnung ist dann noch um folgende Regelungen zu ergänzen:

1. Der Antrag muss schriftlich erfolgen.
2. Der Bescheid zum Antrag muss innerhalb von 6 Werktagen erfolgen.
3. Der Antrag muss 10 Werktage vor Beginn einer Reise erfolgen.
4. Der Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn das Reisekostenbudget absehbar überzogen wird. Das ist der Fall, wenn 75% des dafür vorgesehen Budget ausgegeben wurde und eine Haushaltssperre in diesem Bereich durch den Landesvorstand oder der/die Schatzmeister*in ausgesprochen wurde.
5. Die Gründe für eine Ablehnung sind im Bescheid aufzuführen.
6. Gegen den Bescheid ist Widerspruch zulässig. Der Widerspruch muss schriftlich innerhalb von 14 Tagen erfolgen. Über diesen Widerspruch muss innerhalb von 5 Werktagen entschieden werden. Gegen die Ablehnung des Widerspruchsbescheid ist Klage beim Landeschiedsgericht möglich.

Begründung

Begründung siehe Global Antrag.

Sollte der Global Antrag so nicht durchkommen wird diese Änderung des Antrages beantragt.